

Ein Haus, eine Firma, aber kaum Cash

Vermögensverteilung. Um zu den 10 Prozent der Erwachsenen mit dem größten Vermögen zu gehören, braucht es in Deutschland nicht allzu viel – schon ab 260.000 Euro ist man dabei. Das schaffen vor allem Ältere, die Immobilien und Betriebsvermögen besitzen.

Die (vermögens-)reichsten 10 Prozent der Bevölkerung besitzen mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens – so stand es im Armuts- und Reichtumsbericht, den die Bundesregierung im Jahr 2013 veröffentlicht hat. Seitdem reißt die Diskussion über die Vermögensverteilung in der

Bundesrepublik nicht ab. Doch erst ein genauer Blick in eine Haushaltsbefragung der Europäischen Zentralbank zeigt, wer wie viel hat – und hält so manche Überraschung parat (Kasten Seite 2).

• **Die Vermögenden.** Im Jahr 2010 gehörte ein Bundesbürger schon mit

einem Nettovermögen von rund 261.000 Euro zum reichsten Zehntel der erwachsenen Bevölkerung. Im Schnitt kommt diese Gruppe auf ein Nettovermögen von 639.000 Euro je Erwachsenen, in der Gesamtbevölkerung sind es 115.000 Euro. Über ein Nettovermögen von mindestens 1 Million Euro verfügt nur 1 Prozent der Erwachsenen.

Vermögen und Einkommen gehen oft Hand in Hand: Knapp 40 Prozent des vermögensstärksten Zehntels gehören gleichzeitig zum einkommensreichsten Zehntel. Umgekehrt zählen immerhin fast 15 Prozent der Vermögensreichen sogar zur einkommensärmeren Hälfte der Bevölkerung.

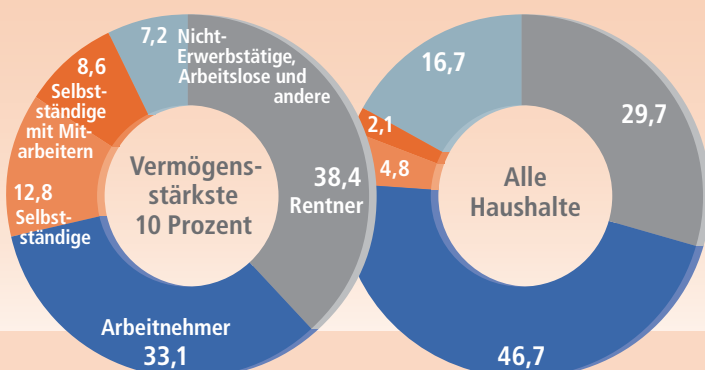
Dass reich sein in Deutschland oft das Ergebnis eines Lebenswerks ist, zeigt ein Blick auf die Altersstruktur der Vermögenden:

Fast drei Viertel des reichsten Bevölkerungszehntels sind mindestens 50 Jahre alt, rund 40 Prozent sind sogar schon in Rente.

Neben dem Alter spielt vor allem der berufliche Status eine Rolle. →

Deutschlands Vermögende

Anteile nach dem Erwerbsstatus des Haushaltsvorstands im Jahr 2010 in Prozent



Ursprungsdaten: HFCs (The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey)

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 23

Themenheft

Wohlstand für alle

Im Interview: Wirtschaftswissenschaftler Lars P. Feld ist Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Seine Einschätzung: Die Vermögensungerechtigkeit in Deutschland ist nur gefühlt und beruht auf einer massiven Meinungsmaße interessierter Kreise.

Außerdem: Kritiker der Wohlstandsverteilung in Deutschland wollen die Vermögenssteuer wieder einführen. Diese könnte aber die Substanz der Unternehmen angreifen und Arbeitsplätze gefährden. Auch im Ausland ist die Vermögenssteuer kein Standard.

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Im vermögensstärksten Zehntel sind gut 21 Prozent Selbstständige – dreimal so viel wie in der gesamten Bevölkerung (Grafik Seite 1). Dies ist nicht überraschend, weil Selbstständige in der Regel mehr ansparen als Arbeitnehmer, da sie meist selbst fürs Alter vorsorgen müssen. Die Anwartschaften der Arbeitnehmer gegenüber der Rentenversicherung sind in den Vermögensstatistiken übrigens nicht berücksichtigt.

• **Das Vermögen.** Immobilien sind die bedeutendste Vermögenskomponente in Deutschland (Grafik):

Über 60 Prozent des gesamten Bruttovermögens sind in Immobilien angelegt, das Eigenheim ist die mit Abstand wichtigste Komponente.

Fast 90 Prozent des reichsten Zehntels wohnen im Eigenheim, im Bundesdurchschnitt sind es nur halb so viele.

Eines aber haben alle gemeinsam: In jeweils 45 Prozent der Fälle sind die eigenen vier Wände gekauft worden und je 30 Prozent haben (selbst)

gebaut. Der Rest hat das Eigenheim geerbt oder geschenkt bekommen.

Der überdurchschnittlich hohe Anteil von Selbstständigen in der Gruppe der Reichen spiegelt sich auch im Vermögensportfolio wider: Ein Fünftel der Vermögen des oberen Zehntels ist Betriebsvermögen. Anders gerechnet: Während in der Gesamtbevölkerung nur gut jeder zehnte Haushalt finanziell an einem privaten Betrieb beteiligt ist, sind es von den Vermögensstärksten knapp 30 Prozent.

Dass die Reichen wie Dagobert Duck förmlich im Geld schwimmen, trifft allerdings eher selten zu. Denn tatsächlich macht das Finanzvermögen im Portfolio der Vermögensreichen mit knapp 19 Prozent nur einen vergleichsweise geringen Anteil aus – das ist weniger als in der Gesamtbevölkerung, die im Durchschnitt auf 23 Prozent kommt. Auch in absoluten Zahlen hält sich das Finanzvermögen der Reichen in überschaubaren Grenzen:

Die Vermögensstatistik

Grundlage der Berechnung ist der deutsche Teil des Eurosystem Household Finance and Consumption Survey (HFCS) der Europäischen Zentralbank. Dazu wurden 3.565 Haushalte in der Bundesrepublik zu ihren Vermögen und Einkommen befragt – darunter 680 reiche Haushalte, die damit deutlich überrepräsentiert sind. Mit einem Nettovermögen von 7,7 Billionen Euro erfasst das HFCS zudem deutlich mehr Vermögenswerte als beispielsweise das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), das 2012 auf 6,3 Billionen Euro kam. Die Vermögen im HFCS werden nicht nach Personen, sondern auf Haushaltsebene erhoben und dann gleichmäßig auf alle Erwachsenen eines Haushalts verteilt. Das HFCS weist keine Nettoeinkommen aus, sondern Bruttoeinkommen inklusive Transfer- und Rentenzahlungen, also vor Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

Im Durchschnitt haben die Vermögenden in Deutschland 41.000 Euro auf dem Sparkonto, 16.000 Euro an Fondsanteilen sowie 11.500 Euro in Anleihen und 12.000 Euro in Aktien.

Rechnet man alle geerbten Vermögen zusammen, dann gehen bei den Reichen 15,7 Prozent der gesamten Vermögen auf Erbschaften und Schenkungen zurück – dieser Anteil liegt nur geringfügig höher als beim Rest der Bevölkerung: 13,9 Prozent.

• **Die Schulden.** Nur 5,8 Prozent des gesamten Bruttovermögens der Vermögensreichen sind mit Hypotheken oder anderen Krediten belastet. Dies passt auch zur Altersstruktur der Vermögenden: Da das Gros bereits über 50 Jahre alt ist und vier von zehn sogar schon im Rentenalter sind, ist ein Großteil der Schulden vermutlich bereits abgebaut. Beim deutlich jüngeren Rest der Erwachsenen liegt die Schuldenquote mit 12,2 Prozent noch wesentlich höher.

Vermögen in Deutschland

Anteile am gesamten Bruttovermögen 2010 in Prozent

Vermögensstärkste 10 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Gesamte erwachsene Bevölkerung

Sachvermögen			
Eigenheim	29,3	41,1	
Vermietete und andere Immobilien	29,8	20,6	
Betriebsvermögen	19,5	10,9	
Fahrzeuge und Wertgegenstände	2,6	4,3	
Finanzvermögen			
Spareinlagen	6,0	9,5	
Fonds, Anleihen, Aktien	5,9	4,8	
Freiwillige/betriebliche Renten	5,5	7,4	
Andere Finanzwerte	1,4	1,3	
Schulden	-5,8	-12,2	
Anteil des geerbten Vermögens am gesamten Bruttovermögen		15,7	13,9

Ursprungsdaten: HFCS (The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iw-d 23



Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview +

»Das geht an den Fakten völlig vorbei«

Lars P. Feld, 47, leitet das Walter Eucken Institut in Freiburg und ist Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Wirtschaftswissenschaftler ist insbesondere an Fragen der Finanz- und Sozialpolitik interessiert.

Die deutsche Wirtschaft wächst, wir haben wenige Arbeitslose, die Bürger geben ihr Geld mit vollen Händen aus. Und trotzdem sind viele unzufrieden – vor allem mit der Gerechtigkeit in diesem Land.

Das stimmt – wenn man sich die öffentliche Diskussion seit 2005 anschaut, hat man den Eindruck, dass Deutschland regelrecht verarmt. Und natürlich gibt es Einzelfälle, auf die das zutrifft. Tatsächlich aber – das belegen die Daten – ist die zunehmende Einkommensungleichheit, die wir in Westdeutschland seit den 1980er Jahren beobachten konnten, seit 2005 zum Stillstand gekommen. Die Ungerechtigkeit heute ist also nur gefühlt und das geht völlig an den Fakten vorbei.

Sind die Deutschen zu doof, um den Unterschied zwischen Einzelschicksalen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen zu begreifen?

Das nicht, aber beim Thema Gerechtigkeit wird eine massive Meinungsmache betrieben von interessierten Kreisen, die mit den Agenda-2010-Reformen unzufrieden waren. Da spielen die Gewerkschaften eine gewisse Rolle und auch manche politische Parteien, die dem auf den Leim gehen.

Dann haben Sie als Ökonom, der mit Einzelfällen konfrontiert wird, also ein kommunikatives Problem?

Ja, aber alle Wissenschaftler, nicht nur Ökonomen, kennen das. Die Krux ist, dass die Menschen denken, Einzelfallgerech-

tigkeit sei herstellbar. Und die Politik tut auch noch so, als ginge das tatsächlich, aber das stimmt eben nicht.

Die These des französischen Ökonomen Thomas Piketty, wonach der Zins aus Kapitalvermögen immer größer ist als die Wachstumsrate, gilt auch in Deutschland als Beleg dafür, dass die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer.

Das muss nicht immer so sein, in einer Volkswirtschaft kann die Wachstumsrate durchaus auch mal höher sein als der Zins – nur im langfristigen Gleichgewicht muss der Zins über der Wachstumsrate liegen. Aber daraus abzuleiten, dass wir deshalb immer mehr Vermögenseinkommen haben und dadurch die Einkommensungleichheit zunimmt, ist falsch. Das wäre nur der Fall, wenn die Vermögenden nicht konsumieren würden. Aber jeder weiß doch, dass es umgekehrt ist – die Vermögenden geben unglaublich viel Geld aus.

Auch die OECD konstatiert eine gravierende Zuspitzung der Vermögensverteilung. Kann eine Vermögenssteuer für mehr Gerechtigkeit sorgen?

Das ist schwierig, denn es gibt keine verlässliche Statistik über die Vermögensverteilung in Deutschland. Erschwerend kommt hinzu, dass die Immobilienvermögen steuerlich mit den Einheitswerten erfasst sind, und die sind völlig verzerrt. Außerdem haben wir in Deutschland zwei Sonderfaktoren: Zum einen sind wir ein Volk von Mietern, während im europäischen Ausland viel mehr Menschen Immobilien besitzen, sodass dort die Vermögensverteilung weniger ungleich ist. Zum anderen haben wir einen unglaublich starken Mittelstand, der sehr viel Vermögen als Betriebsvermögen bindet. Und den Mittelstand so zu schwä-

chen, dass wir nachher keinen mehr haben, halte ich für ziemlich unsinnig.

Dann sollte die Erbschaftssteuer so bleiben, wie sie ist?

Nein, die würde ich ändern. Die letzte Erbschaftssteuerreform hat letztlich dazu geführt, dass Betriebsvermögen unversteuert auf die nächste Generation übertragen werden kann. Man kann eine Schonung des Betriebsvermögens erreichen, indem man es in die Erbschaftssteuer hineinnimmt, aber moderate Sätze sowie Stundungsregeln vereinbart für den Fall, dass die Liquidität nicht da ist. Am Ende würde die Steuer in irgendeiner Form bezahlt werden müssen.

Und die Kapitalertragssteuer?

Die ist völlig korrekt.

Wie wichtig ist Bildung im Kampf gegen Armut? Und warum beeinflusst in Deutschland immer noch die Herkunft die Bildungskarrieren?

Das stimmt, der Erfolg eines Kindes im Bildungssystem hängt vom Bildungsstand der Eltern ab. Aber das gilt nur für den ersten Abschluss – nicht für den zweiten oder dritten Bildungsweg, der sich in Deutschland häufig anschließt, aber von der PISA-Studie vernachlässigt wird.

Und wie sieht es mit den Aufstiegschancen in Deutschland aus?

Bedenklich ist, dass die Aufstiegschancen in vielen OECD-Ländern – auch in Deutschland – in den vergangenen Jahren gesunken sind.

Ist Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ also eine Utopie?

Nein. Erhards Ziel war es, Deutschland auf einen vernünftigen Wachstumspfad zu bringen, damit für alle Einkommensgruppen die Einkommen steigen können. Das heißt aber nicht notwendigerweise, dass die Wohlstandszuwächse gleich verteilt sein müssen.

Im Zweifel existenzgefährdend

Vermögenssteuer. Kritiker der vermeintlich ungerechten Wohlstandsverteilung in Deutschland wollen die Vermögenssteuer wieder einführen. Doch anders als oft behauptet, ist eine solche Steuer im Ausland keineswegs Standard. Vor allem aber könnte sie leicht die Substanz der Unternehmen angreifen und damit Arbeitsplätze gefährden.

Seit jeher ist die Verlockung für Regierungen groß, den Staatssäckel durch die Besteuerung privater Ver-

mögen zu füllen. Doch offenbar gibt es auch gute Gründe, davon Abstand zu nehmen. Jedenfalls haben die al-

lermeisten Länder der Europäischen Union, die in der Vergangenheit eine Vermögenssteuer erhoben haben, diese wieder abgeschafft.

Dennoch verweisen die Befürworter einer solchen Steuer darauf, im Ausland würde ein erheblich höheres Aufkommen aus vermögensbezogenen Steuern erzielt als in Deutsch-

Was die Vermögenssteuer für Unternehmen bedeuten würde

Einige Bundesländer haben bereits 2012 einen Entwurf zur Wiederbelebung der Vermögenssteuer vorgelegt. Angenommen, der Vorschlag wäre bereits realisiert, wäre für ein Personenunternehmen folgendes Beispielszenario im Steuerjahr 2013 möglich gewesen (Grafik):

Vermögenssteuer: Unternehmen drohen Substanzverluste

Fiktive Rechnung für ein Personenunternehmen, das auf sein investiertes Kapital im Jahr 2013 eine Bruttorendite von ... erzielt hat in Euro

	... 10 Prozent	... 2 Prozent
Investitionsbetrag	1.000	1.000
Ertragswert für eine in den Jahren 2010 bis 2012 erzielte Bruttorendite von 10 Prozent	1.410	1.410
<hr/>		
Bruttoertrag im Jahr 2013	100,00	20,00
– Ertragssteuern (Gewerbesteuer, Einkommenssteuer, Solidaritätszuschlag, insgesamt 48,4 Prozent)	48,42	9,68
– Vermögenssteuer (1 Prozent des Ertragswerts)	14,10	14,10
= Nettoertrag	37,47	-3,79
Gesamte Steuerbelastung	62,53	23,79
Gesamte Steuerbelastung in Prozent des Bruttoertrags	62,5	118,9

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 23

• Das Unternehmen hat 1.000 Euro investiert und von 2010 bis 2012 daraus jeweils einen Ertrag von 100 Euro erwirtschaftet. Das für die Vermögenssteuerermittlung relevante Bewertungsgesetz legt nun allerdings nicht den tatsächlichen Ertragssatz von 10 Prozent zugrunde, sondern einen derzeit auf 7,09 Prozent festgelegten Kapitalisierungszins. Um bei diesem Zinssatz 100 Euro Ertrag zu erzielen, hätte das Unternehmen folglich 1.410 Euro investieren müssen – und genau dieser Betrag ist nun Grundlage für die Vermögenssteuer des Jahres 2013. Da der Steuersatz nach dem Vorschlag der Bundesländer 1 Prozent betragen soll, ergibt sich in diesem Beispiel eine Steuerschuld von 14,10 Euro.

Hat das Unternehmen auch 2013 aus seiner Investition 10 Prozent Rendite erzielt, also wiederum 100 Euro, entfallen darauf zusätzlich Ertragssteuern in Form von Gewerbe- und Einkommenssteuer sowie der Solidaritätszuschlag – summa summarum 48,42 Euro. Zusammen mit der Vermögenssteuer muss der Betrieb auf seine brutto verdienten 100 Euro 62,53 Euro Steuern zahlen, sodass noch 37,47 Euro übrig bleiben.

• Wenn das Unternehmen aber im Jahr 2013 nur 2 Prozent Investitionertrag erzielt hat, wird die Situation sogar existenzbedrohend. Denn die Ertragssteuern fallen nun zwar geringer aus, nicht aber die anhand der vergangenen Erträge berechnete Vermögenssteuer: **Der Betrieb muss auf seine 20 Euro Bruttoertrag 23,79 Euro Steuern an den Fiskus abführen. Die Steuerbelastung übersteigt also den erzielten Gewinn, das Unternehmen muss seine Kapitalsubstanz angreifen.**

Bei einer Kapitalgesellschaft sieht die Rechnung zwar anders aus, weil hier zur Besteuerung auf betrieblicher Ebene noch die Besteuerung der Anteilseigner hinzukommt. In jedem Fall aber würde die Vermögenssteuer die Steuerbelastung der Unternehmen auf einen im internationalen Vergleich extrem hohen Wert treiben (vgl. iwd 20/2014). Und auch für diese Firmen gilt: Wenn nach ein paar guten Jahren der Gewinn schrumpft, bleibt die Vermögenssteuer zunächst gleich, sodass die Gesamtsteuerbelastung höher ausfallen kann als der erwirtschaftete Ertrag.

land. Das ist erst einmal richtig (Grafik):

Insgesamt beliefen sich die auf Vermögen erhobenen Steuern in Deutschland 2012 auf 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – in den USA waren es 3 Prozent, in Frankreich und Großbritannien sogar rund 4 Prozent.

Allerdings umfasst dieser Vergleich weit mehr Steuerarten als nur die Vermögenssteuer im engeren Sinne. Ein näherer Blick zeigt, dass im Ausland vor allem die Grundsteuer eine große Rolle spielt. Sie trägt in 18 der 26 untersuchten Industrieländer mehr als die Hälfte zum Aufkommen aus vermögensbezogenen Steuern bei.

Der Hintergrund ist, dass die Grundsteuer insbesondere in den angelsächsischen Ländern die Gebühren für Straßenreinigung, Müllentsorgung und Abwasserbeseitigung ersetzt – in Deutschland werden diese Gebühren separat erhoben. Darüber hinaus leisten in vielen Ländern auch Vermögenstransaktionssteuern und hier vor allem die Grunderwerbssteuer einen maßgeblichen Beitrag zum Aufkommen aus vermögensbezogenen Steuern.

Die Erbschaftssteuer sowie eine Vermögenssteuer im engeren Sinn sind dagegen im Ausland weitgehend unbedeutend – und das aus gutem Grund. Denn gerade für Unternehmen kann die daraus entstehende Belastung extrem hoch sein. In wirtschaftlich schlechteren Phasen kann die Vermögenssteuer sogar die Substanz von Unternehmen angreifen – und dazu muss ein Betrieb noch nicht einmal Verluste schreiben, wie ein Beispiel zeigt (Kasten Seite 4).

Vermögensbesteuerung international: Grundsteuer dominiert

in Prozent des Brutto- inlandsprodukts im Jahr 2012	Steuern auf				Insgesamt
	Grund- vermögen	Bewegliches Vermögen (Vermögens- steuer im engeren Sinn)	Erbschaften und Schenkungen	Vermögens- transfers (zum Beispiel Grunderwerbs- steuer)	
Vereinigtes Königreich	3,4	0,0	0,2	0,6	4,2
Frankreich	2,6	0,2	0,5	0,6	3,9
Belgien	1,3	0,2	0,7	1,0	3,4
Kanada	2,9	0,0	0,0	0,2	3,3
USA	2,8	0,0	0,2	0,0	3,0
Italien	1,5	0,0	0,0	1,0	2,7
Luxemburg	0,1	2,0	0,2	0,4	2,7
Japan	2,1	0,0	0,3	0,3	2,7
Spanien	1,0	0,1	0,2	0,5	2,0
Schweiz	0,2	1,2	0,1	0,5	2,0
Irland	0,9	0,0	0,2	0,8	1,8
Dänemark	1,4	0,0	0,2	0,3	1,8
Griechenland	0,9	0,2	0,1	0,4	1,7
Niederlande	0,7	0,0	0,3	0,3	1,3
Portugal	0,7	0,0	0,2	0,4	1,3
Norwegen	0,3	0,6	0,1	0,2	1,2
Finnland	0,7	0,0	0,3	0,3	1,2
Polen	1,2	0,0	0,0	0,0	1,2
Schweden	0,8	0,0	0,0	0,2	1,0
Deutschland	0,5	0,0	0,2	0,3	0,9
Ungarn	0,4	0,1	0,0	0,3	0,9
Slowenien	0,5	0,0	0,0	0,1	0,7
Österreich	0,2	0,0	0,0	0,3	0,6
Tschechien	0,2	0,0	0,1	0,2	0,5
Slowakei	0,4	0,0	0,0	0,0	0,4
Estland	0,3	0,0	0,0	0,0	0,3

Insgesamt: einschließlich sonstiger vermögensbezogener Steuern;
Griechenland, Niederlande, Polen: Stand 2011; Ursprungsdaten: OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 23 - Foto: Edith Laue - MEY

Mit einem solchen Angriff auf die Kapitalbasis verschlechtert der Staat die Chancen der Unternehmen, aus einer schwierigen Lage wieder in die Gewinnspur zurückzufinden. Damit

ist die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit gefährdet und spätestens mittelfristig wird dann auch ein Abbau von Arbeitsplätzen unvermeidlich sein.

Nichts ist endgültig

Aufstiegsmobilität. In Deutschland bleiben die wenigsten Menschen dauerhaft vom Arbeitsmarkt und vom Wohlstand ausgeschlossen. Eine gute Ausbildung fördert den Aufstieg.

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt sich derzeit in einer historisch guten Verfassung. Dennoch gibt es häufig Kritik: Die unbestreitbar bessere Integration der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt habe ihren Preis. Armut, Niedriglohnbeschäftigung und atypische Erwerbsformen wie Teilzeitarbeit, Minijobs und Zeitarbeit würden weiter zunehmen, während immer weniger Arbeitnehmer „reguläre“ Jobs hätten. Wer einmal in den Randbereichen des Arbeitsmarktes gelandet sei, finde nicht mehr zum Kern zurück, heißt es oft.

Was aber ist dran an diesen Vorwürfen? Vorsichtig gesagt: Wenig. Viele gängige Klischees stimmen einfach nicht.

Klischee 1: Atypische Jobs verdrängen reguläre Beschäftigung

Die atypischen Erwerbsformen nehmen zwar tatsächlich tendenziell zu. Doch diese Entwicklung wird begleitet von einem mindestens

ebenso kräftigen Wachstum unbefristeter Vollzeitstellen:

Zwischen 2005 und 2012 entstanden 1,3 Millionen unbefristete Vollzeitstellen und weitere 800.000 Teilzeitstellen mit einem Wochenpensum von mehr als 20 Stunden.

Klischee 2: Teilzeit geht an den Interessen der Menschen vorbei

Wer Teilzeit als prekäre Beschäftigung einstuft, weiß offenbar nicht, dass viele Arbeitnehmer keine Vollzeitstelle anstreben – so bleibt zum Beispiel mehr Zeit für den Nachwuchs. Deshalb entspricht eine halbe oder Dreiviertelstelle oft den Arbeitszeitwünschen der Menschen und die Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung hat kaum etwas mit fehlenden Vollzeitstellen zu tun:

Laut Mikrozensus sagen lediglich 16 Prozent der Teilzeitkräfte, sie müssten sich mit der reduzierten Arbeitszeit zufriedengeben, weil sie keine Vollzeitbeschäftigung finden.

Anders als vielfach behauptet ist ein Teilzeitjob auch keine Sackgasse. Von 100 Arbeitnehmern, die 2009 teilzeitbeschäftigt waren, wechselten binnen eines Jahres immerhin 11 in eine Vollzeitbeschäftigung. Ein noch einmal so großer Anteil an Teilzeitbeschäftigten tat diesen Schritt 2011. **Klischee 3: Einmal langzeitarbeitslos, ewig langzeitarbeitslos**

In Deutschland ist derzeit die Hälfte aller Arbeitslosen länger als zwölf Monate ohne Anstellung. Die Arbeitsagentur will sich dieser Klientel daher künftig verstärkt annehmen. Doch der Eindruck, hier passe bislang wenig, ist verfehlt. Nur ein geringer Anteil der Langzeitarbeitslosen bleibt dauerhaft vom Erwerbsleben ausgeschlossen. Das zeigt ein längerfristiger Vergleich: Demnach bekamen 45 Prozent derer, die 2005 arbeitslos waren, schon im darauffolgenden Jahr einen Job. Am Ende des Beobachtungszeitraums im Jahr 2011 hatten nur 5 Prozent aller Langzeitarbeitslosen des Jahrgangs 2005 immer noch keine Stelle.

Klischee 4: Hire and Fire

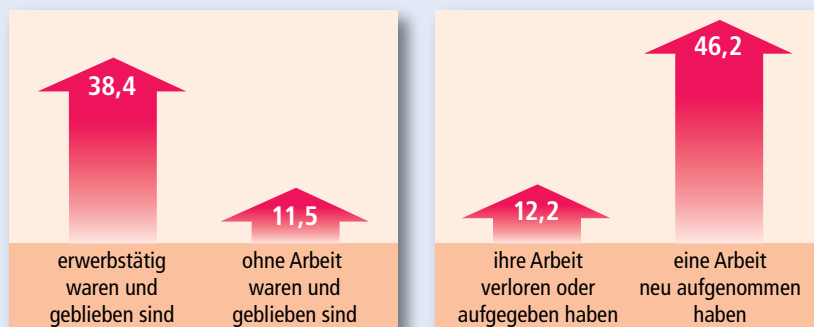
Ein großer Teil der neuen Beschäftigungsverhältnisse ist keineswegs nur vorübergehender Natur. Immerhin drei Viertel der zuvor arbeitslosen Personen, die 2010 eine Vollzeitbeschäftigung aufgenommen hatten, waren ein Jahr später immer noch vollzeitbeschäftigt. Nur jeder Siebte war erneut ohne Job.

Klischee 5: Armut ist Schicksal

Auch beim Einkommen ist die soziale Mobilität höher als oft vermutet. „Einmal unten, immer unten“ ist kein Naturgesetz. Denn einem Viertel der Personen aus dem

Unterstes Einkommensfünftel: Viele Aufsteiger

Von allen Menschen aus dem untersten Einkommensfünftel, die ..., sind so viel Prozent aufgestiegen

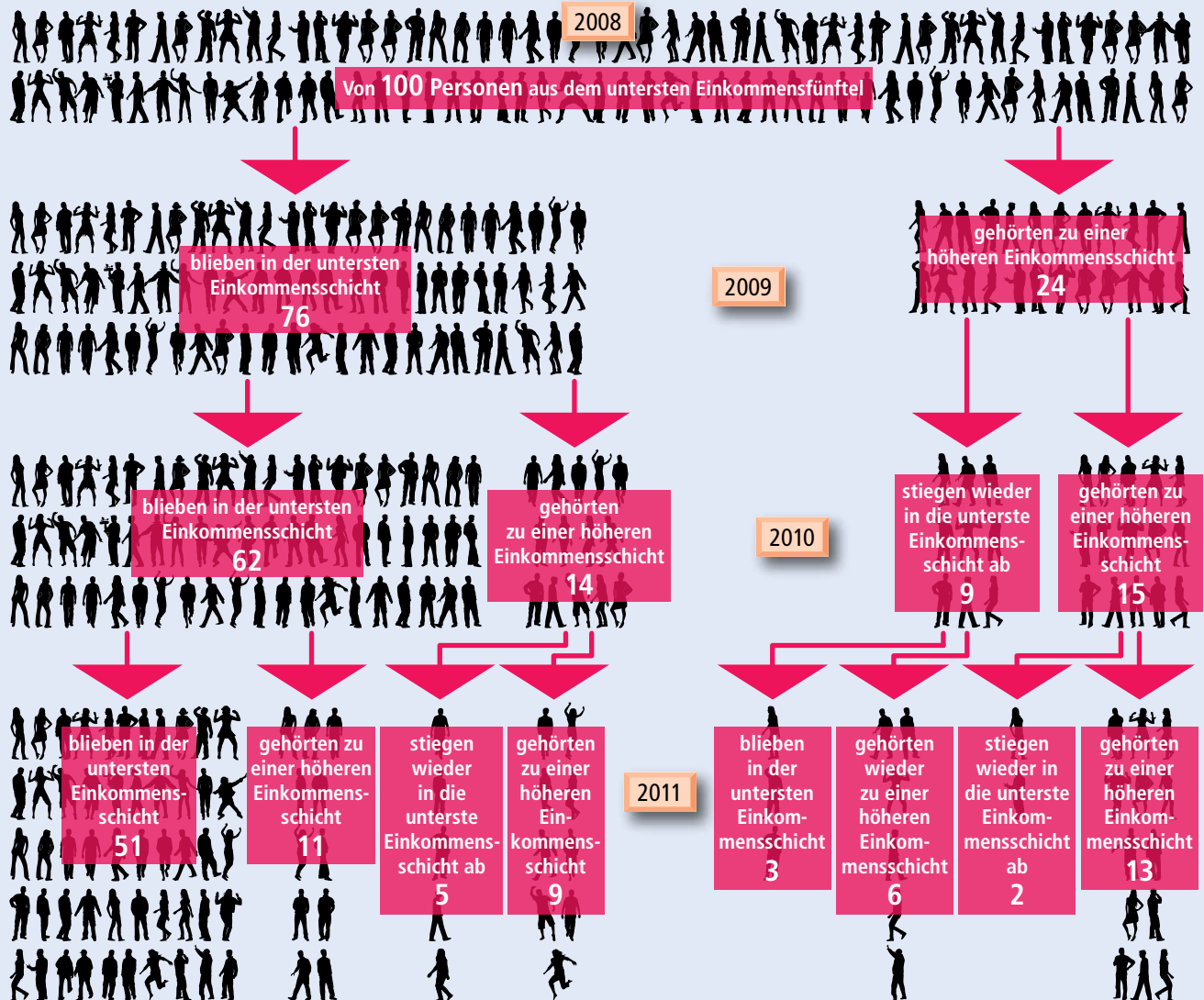


Beobachtung von zwei aufeinander folgenden Jahren im Zeitraum 2005 bis 2011
Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, IW-Berechnungen

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 23

Unten sein ist kein Schicksal



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Iw-Berechnungen

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 23

untersten Einkommensfünftel gelingt binnen eines Jahres der Aufstieg in eine höhere Schicht. Und über einen längeren Beobachtungszeitraum hinweg zeigt sich, dass nur 17 Prozent der Einkommensschwachen des Jahres 2005 bis zum Jahr 2011 keinen Aufstieg schafften.

Wer einen Job findet, macht recht schnell den Sprung von der untersten in eine höhere Einkommensklasse. Das gilt immerhin für 46 Prozent der Arbeitnehmer, die zuvor keine Arbeit hatten und dann innerhalb eines Jahres erwerbstätig wurden (Grafik Seite 6). Und von denen, die von einem bis zum nächsten Jahr im Job

blieben, stiegen 38 Prozent vom untersten Einkommensfünftel in ein höheres auf.

Auch ein höherer Bildungsabschluss erweist sich als Sprungbrett in eine höhere Einkommensgruppe. So verlassen fast 40 Prozent der Uniabsolventen aus dem untersten Einkommensfünftel dieses binnen eines Jahres – weil sie beispielsweise eine Gehaltserhöhung bekommen oder Karriere gemacht haben. Ohnehin gehören Akademiker nur selten zur Gruppe der Geringverdiener.

Gut die Hälfte der Uniabsolventen ist dem obersten Einkommensfünftel zuzuordnen.

Klischee 6: Nach dem Aufstieg folgt oft rasch wieder der Abstieg

Der Aufstieg ist überwiegend nachhaltig. Von den Personen, die im Jahr 2009 aus der untersten Einkommensschicht aufstiegen, fiel 2010 nur gut ein Drittel wieder zurück. Und das auch nur vorübergehend. Denn im Jahr 2011 gehörten die meisten wieder zu den Aufsteigern (Grafik).

Vgl. Holger Schäfer, Jörg Schmidt: Chancengerechtigkeit durch Aufstiegs-mobilität – Kurzstudie auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Auftrag der INSM iwkoeln.de/aufstiegsmobilitaet

Rein ins Eigenheim

Immobilien. Ob als Altersvorsorge, zum Schutz vor steigenden Mieten oder aufgrund der günstigen Finanzierungsmöglichkeiten – immer mehr Menschen in Deutschland besitzen eine Wohnung oder ein Haus. Allerdings gibt es regional große Unterschiede.

Ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung zu haben, ist in. Wurden 2006 knapp 42 Prozent der Wohnungen in Deutschland von ihren Eigentümern genutzt, waren es 2010 bereits fast 46 Prozent. Immobilien sind nach wie vor die wichtigste Anlageart – die Deutschen geben über die Hälfte ihres Privatvermögens dafür aus.

Regional gibt es allerdings beträchtliche Unterschiede (Grafik):

Die meisten Wohneigentümer fanden sich 2010 im Saarland. Dort ist die Wohneigentumsquote zwischen 2006 und 2010 von gut 55 Prozent auf fast 64 Prozent gestiegen – so stark wie in keinem anderen Bundesland.

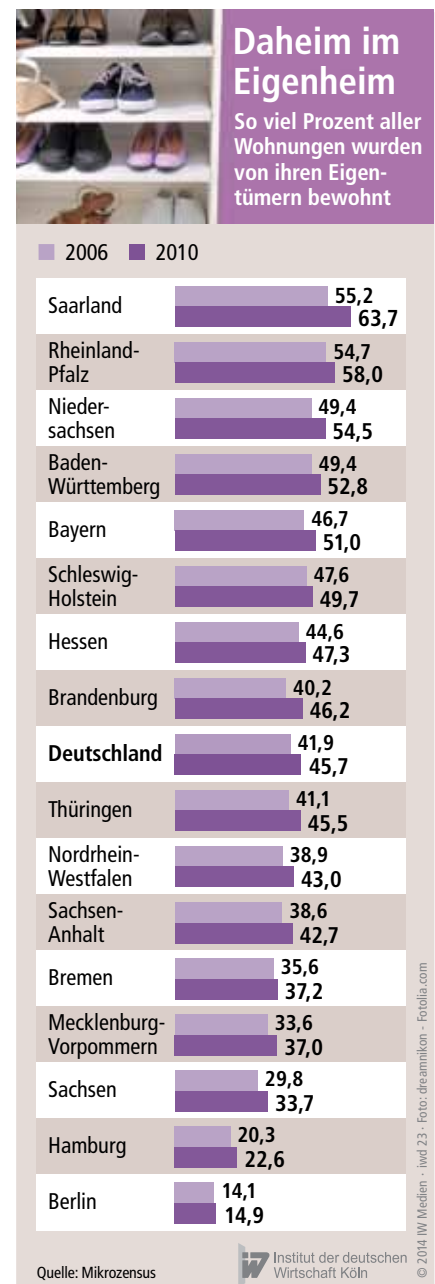
Von den Flächenländern hat Sachsen mit knapp 34 Prozent die wenigsten Eigenheimbesitzer. Im Stadtstaat Berlin liegt die Quote sogar unter 15 Prozent. Auch der Trend zum Eigenheim zeigt sich in der Hauptstadt kaum: Die Wohneigentumsquote stieg zwischen 2006 und 2010 um nicht einmal 1 Punkt.

Doch wer besitzt eigentlich ein Eigenheim? Antwort: Besonders Menschen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren. Rund 55 Prozent dieser Altersgruppe haben eine Immobilie. Mit weiter zunehmendem Alter verkaufen viele ihr Eigenheim jedoch wieder, um mithilfe des Erlöses ihren Lebensabend genießen zu können. Auffällig ist auch: Gut zwei Drittel der Kinder in Deutschland leben im Eigenheim oder in der Eigentumswohnung der Eltern.

Im europäischen Vergleich landet die Bundesrepublik mit ihrer Wohneigentumsquote von nahezu 46 Prozent weit unten:

Nur in der Schweiz wohnen noch weniger Menschen in den eigenen vier Wänden als in Deutschland.

Die meisten Eigenheimbesitzer finden sich in Spanien und Norwegen (jeweils mehr als 80 Prozent), gefolgt von Irland (78 Prozent) sowie Griechenland und Belgien (jeweils 74 Prozent). Allerdings ist die ge-



Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich
Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.

Themenheft: Wohlstand für alle?!